

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, sowie verantwortliche Schriftleitung Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Schulstraße Telefon Nr. 59. Postfachkonto 168 67 Frankfurt



Anzeigen kosten die 6-gespaltene Pettzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Reklamen die 6-gespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Der Bezugspreis beträgt 90 Pfennig ohne Trägerlohn.

Mer 133 Donnerstag, den 12. November 1931 35. Jahrgang

Unsere Lage

neue Preisentlastungsaktion der Reichsregierung. — Der Käuferstreik. — Wo bleibt die Senkung der Steuern und Abgaben? — Allgemeine Kapital- und Zinsabwertung? — Drohende Gefahren.

Die neue Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung hat sich in den ersten Beratungen nicht nur mit der allgemeinen politischen Lage in Deutschland beschäftigt, sondern in manchen man wohl auch in erster Linie den Urheber für die Preisentlastungsaktion der Reichsregierung erblickt, welche durch eine Notverordnung ihre Geltung finden soll. Nach diesen Plänen soll der Reichsmark um ein Fünftel erhöht werden, so daß man dann für eine Reichsmark um ein Mehr wie bisher kaufen könnte. Diese Preisentlastung ihre tiefere Ursache in dem Währungsproblem. Man glaubt nämlich, die Golddeckung der Reichsmark sei augenblicklich etwas unter 30 Prozent liegt, verantworten zu können und will nun versuchen, mit neuen Notenbeständen auszukommen, was sofort eine Entwertung der Notendeckung mit sich bringen würde. Betrachtet man nun diese Pläne der Reichsregierung näher, so muß man feststellen, daß sie im großen und ganzen darauf hinauslaufen, durch Senkung der zu zahlenden Waren und anschließend durch Senkung der Preise und Gehälter eine Verbilligung des Lebens zu bewirken, ein Gedankengang also, der praktisch kaum durchzuführen sein wird, und der in seiner weitestgehenden Ausführung heute schon verhängnisvolle Auswirkungen hat. Denn da die Verbilligung erzwungen wird, als ob schon in aller nächster Zeit die Marktwerte „auf den Kopf“ sein wird, ist teilweise, und zwar in der Linie in den großen Städten, eine Art Käuferstreik ausgebrochen, der zu schweren Schädigungen des Handels geführt hat. Denn die große Masse des Kaufvermögens kann nicht ohne weiteres erkennen, daß die Senkung der Preise nicht einfach mit einer Senkung der Steuern und Abgaben herbeiführen kann, daß sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage durch Zwang regeln läßt und daß, wenn man eine Preisentlastung zwangsweise durchzuführen beabsichtigt, nur die zu verkaufenden Waren, sowie die Lohn- und Gehälter herabgesetzt werden müssen, sondern — und das ist die erste Linie — auch das Rohprodukt, das Land- und das Vorprodukt, daß sie nicht minder die Steuern und öffentlichen Abgaben herabsetzen muß, nicht zu vergessen die Gebühren von Post und Eisenbahn, welche trotz aller Entwertungen der Wirtschaft noch keinerlei Anstalten treffen, die Anforderungen der Zeit zu genügen.

Was soll ein gefeilter Kleinhandelspreis, wenn der Lieferant, die Kartelle und Syndikate die Preise nehmen dürfen, wie soll die Wirtschaft an den Preis herabgesetzt werden, wenn bei herabgesetzten Preisen und noch die alte Steuerlast zu tragen ist? Die Preisentlastungsvorrichtung wird uns daher nicht aus der Not herausführen, vielmehr wird er uns nur neue Sorgen bringen, denen die Wirtschaft einfach nicht gewachsen ist. Was uns nun tut ist aber in erster Linie die Verbilligung der Steuern und Abgaben, die dann ihrerseits wieder eine Verbilligung der Löhne und Arbeitslöhne, also eine Steigerung der Kaufkraft Geldes herbeiführen würde und weiterhin durch die Maßnahmen gegen die Kartelle und Syndikate gegen Preisbindungen aller Art. Maßnahmen aber Einzelhandel zu ergreifen, würde sich als durchführbar erweisen, zumal hier die scharfe Konkurrenz schon dafür gesorgt hat, daß die Preise herabgesetzt worden sind, soweit es bei den bestehenden Bedingungen der vorgelagerten Stufen überhaupt möglich ist. In Hand mit der übergroßen Belastung der Wirtschaft steht dann noch der Zinsaufwand, auch in jenen Fällen die Arbeit droht, wo er nicht durch die Verbilligung der Löhne und Gehälter herabgesetzt werden sollte, was aus den Beratungen der Wirtschaftsausschüsse bereits an die Öffentlichkeit gelangt ist, wenn man tatsächlich daran denken sollte, durch eine Zinsabwertung der deutschen Werte die Zinsverbilligung zu kommen, dann wäre der Vorwärtsschritt ein Kapital- und Zinsabwertung nur ein zerstörendes Vertrauen und des spontanen Vertrauens durch Spar- und Vermögensbesitzer folgen, die in Worten, das Kapital würde nicht mehr an den Stellen zurückfließen, an welchen es zur Aufrechterhaltung der Betriebe benötigt wird.

Es daher doppelt zu prüfen, ob man, um aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen, die völlige

Aussichtslosigkeit in der Zukunft eintauschen darf und ob man dem Zinsproblem, das zweifellos eine der stärksten Belastungen der deutschen Wirtschaft darstellt, nicht auf anderem Wege beikommen muß. Dieser Weg kann aber nur über das Ausland gehen, von dem einzig und allein eine Sanierung Deutschlands erfolgen kann: Verbilligung der ausländischen kurz- und langfristigen Kredite und in Verbindung damit ein Tilgungsplan, der Deutschland ermöglicht, seinen Verpflichtungen auf lange Sicht zu erfüllen und der allein die Gewähr dafür bieten würde, daß dann auch die mehr wie notwendige Zinsverbilligung im Inlande sich von selbst einstellt.

Kein zwangsmäßiger Zinsabbau.

Proteststürme gegen Zwangsnotkonvertierung. — Zwei Dementis der Reichsregierung. — Nervosität im In- und Auslande.

Berlin, 11. November.

Bereits seit Tagen ist in politischen Kreisen der Reichshauptstadt das Gerücht zu vernehmen, daß die Reichsregierung beabsichtige, durch eine neue Notverordnung eine Senkung des derzeitigen Zinsfußes und gleichzeitig eine Konvertierung der Anleihen von Reich, Ländern und Gemeinden um einen bestimmten Satz vorzunehmen. Diese Gerüchte veranlassen denn die interessierten Kreise gegen die angebliche Absicht der Reichsregierung zu protestieren, so daß diese sich jetzt veranlaßt sah, ein Dementi herauszugeben, in dem sie feststellt, daß „niemals von irgendwelcher Seite auch nur erwogen worden sei, Auslandsanleihen zu konvertieren. Ueber die der Regierung von privater Seite nahe gebrachten Gedanken, Inlandsanleihen zu konvertieren, hätten in der Reichsregierung keinerlei Erörterungen stattgefunden.“

Wenn man nun dieses etwas gewundene Dementi der Reichsregierung genauer ansieht, so läßt sich sagen, daß es keineswegs die Befürchtungen zerstreuen kann, welche man hinsichtlich der Absichten der Regierung hegen mußte und zwar umso weniger, als ja ein Unterausschuß des Wirtschaftsbeirates mit der Aufgabe betraut ist, die Frage der Zinsen und Kredite eingehend zu prüfen. Infolgedessen mußte sich auch das Reichskabinett, das ja dem Unterausschuß die Behandlung dieser Frage zur Aufgabe gemacht hat, mit ihr auch schon vorher befaßt haben. Es beseitigt daher auch die amtliche Erklärung keineswegs die entstandenen Zweifel und es wird nunmehr erste Pflicht der Regierung sein, eine klarere und präzisere Darlegung ihres Standpunktes vorzunehmen.

Wie sehr übrigens eine solche klare Stellungnahme der Reichsregierung notwendig ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß in der Reichskanzlei schon wiederholt und dringend aus New York angefragt worden ist, ob die Nachrichten über eine beabsichtigte Zwangsnotkonvertierung zuträfen oder nicht, während sich in den Kreisen der deutschen Sparer eine Anruhe bemerkbar gemacht hat, die nicht mehr überboten werden kann. Denn man muß sich darüber klar sein, daß ein staatlicher Eingriff in die Zinsbildung in aller erster Linie auf dem Rücken der kleinen Sparer ausgetragen würde, was diese sofort veranlassen würde, zur Geldhamsterei überzugehen. Das wäre gleichbedeutend mit einer äußersten Vertnapung des Bargeldes, die zur Folge hätte, daß der Kapitalmangel noch schärfer in die Erscheinung treten würde, wie dies bisher schon der Fall ist. Denn die Moral des Volkes duldet es einfach nicht, daß alle zehn Jahre ein amtlich gebuldet oder gar amtlich geförderter Wandelzug auf die Rücklagen und Sparvermögen vorgenommen wird und auch das Ausland würde mit der Hergabe von Krediten sparsamer und noch vorsichtiger sein wie das bisher schon zu beobachten ist.

Angeht es dieser von überall her einsetzenden Proteststürmen hat sich nun die Reichsregierung erneut veranlaßt gesehen, in einer zweiten Verlautbarung zu erklären, daß an all den kursierenden Gerüchten kein wahres Wort sei und daß die Frage der Zinsherabsetzung niemals in Form einer tagesordnungsmäßigen Besprechung im Reichskabinett erörtert worden, sondern lediglich in völlig unverbindlichen und zwanglosen Unterhaltungen innerhalb der beteiligten Kreise. Selbstverständlich sei aber diese Frage im Rahmen der Erörterung über die Faktoren der Selbstkosten im Wirtschaftsbeirat besprochen worden, da die Zinsen genau so gut wie die Rohstoffpreise, die Löhne, die Frachten und die Abgaben zu den Selbstkostenfaktoren gehören. Es bestehe aber bei der Reichsregierung in keiner Form irgendein Gedanke, der auf eine Zinsherabsetzung gerichtet sei. Die Reichsregierung sei sich genau so gut wie jeder andere Wirtschaftsfachverständige bewußt, daß eine generelle Zinsenkung die einschneidendsten Auswirkungen auf die gesamte Kreditgebarung haben muß.

Hypothekendarlehen gegen Zinskonversion.

Berlin, 11. November.

In einer Tagung des Sonderausschusses für Hypothekendarlehen beim Zentralverband des Bankiergewerbes, am

zum Ausdruck, daß die Hypothekendarlehen einstimmig gegen die Pläne auf Zinskonversion eintreten. Sie haben diese Stellungnahme bereits den zuständigen Ressorts der Reichsregierung mitgeteilt. Die Zinskonversion erscheine als ein Experiment mit völlig ungewissem Ausgang, dessen Durchführung zu einer schweren Vertrauensstörung führen könne.

Die Entwicklung des Mietrechts.

Verhandlungen über die Abänderung der derzeitigen Bestimmungen.

Berlin, 11. November.

Im Reichsjustizministerium haben mit den Vertretern der Justiz, Wohnungs- und Wirtschaftsressorts der Länder Verhandlungen über die Frage der künftigen Entwicklung des Mietrechts stattgefunden. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember vorigen Jahres schrieb vor, daß vor Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft eine Ausgestaltung der mietrechtlichen Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches unter sozialen Gesichtspunkten erfolgen soll. Die für eine solche Regelung in Betracht kommenden Möglichkeiten wurden eingehend erörtert.

Dabei herrschte Übereinstimmung, daß eine Neuregelung in jedem Falle neben den sozialen Bedürfnissen auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten sorgsam Rechnung zu tragen hat. In einzelnen Punkten gingen die Meinungen zum Teil auseinander, so daß Beschlüsse nicht gefaßt wurden.

Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine hat eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der er betont, daß die gesamte Tendenz der Gesetzgebung im Wohnungswesen darauf hinausgehen müsse, die noch immer bestehende Wohnungswirtschaft bis zur völligen Beseitigung abzubauen und die Vertragsfreiheit wieder aufzurichten. Das Ziel müsse sein, für die Zukunft eine gesunde Kalkulation zwischen Renten und den Belastungen des Hausbesitzers steuerlicher und hypothekarischer Art wieder möglich zu machen. Dieser Grundsatz sei aber nicht durchführbar, wenn nicht baldigst die Zwangsbewirtschaftung im Wohnungswesen restlos abgebaut werde.

Die Aufwertungshypotheken.

Notverordnung: „Zahlungsfristen in Aufwertungssachen“.

Berlin, 11. November.

Der Reichspräsident hat am 10. d. M. eine Verordnung über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen erlassen. Am 1. Januar 1932 werden die von den Gläubigern vor Zahlungsfrist gekündigten Aufwertungshypotheken fällig.

Mit Rücksicht darauf, daß sich die Verhältnisse durch die Ereignisse seit Juni d. J. grundlegend geändert haben, sieht die neue Notverordnung vor, daß Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse überrascht worden sind, bis zum Ablauf des 30. November 1931 bei der Aufwertungsstelle den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nachholen oder ihn, sofern er bereits rechtskräftig abgewiesen war, erneuern können. Vorausgesetzt ist dabei, daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse geschaffene Lage nicht schon in einem früheren Zahlungsfristbefahren berücksichtigt werden konnte.

Nach der Notverordnung kann weiter den Schuldnern von Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen eine Zahlungsfrist für die am 31. Dezember d. J. fällig werdenden aufgewerteten Kapitalbeträge — nicht aber für die bis zum 31. Dezember 1931 gestundeten Tilgungsbeträge — gewährt werden. Die gestundeten Beträge sind ab 1. Januar 1932 mit 7,5 v. H. jährlich zu verzinsen und mit einem Aufgeld von 2 v. H. für jedes angefangene Kalenderjahr zurückzuzahlen. Für die Dauer der Stundung darf der Schuldner keine Gewinne an die Gesellschafter ausschütten und in der Regel auch keine Tantien zahlen.

Dem Wunsche der Schuldner, wenigstens die vor der Aufwertungsstelle geschlossenen Vergleiche in die Neuregelung einzubeziehen, ist aus schwerwiegenden grundsätzlichen Bedenken nicht stattgegeben worden.

Der Rundsunk-Konflikt Reich-Preußen.

Eine Aussprache zwischen Reichsminister Groener und Ministerpräsident Braun.

Berlin, 11. November.

Im Zusammenhang mit den Meinungsverschiedenheiten, die sich über die Behandlung des Vortrages des Reichsbannerführers Höltgermann im Ueberwagerungsausschuß des Rundsunk zwischen dem Reichsinnenministerium und Preußen ergeben haben, ist eine mündliche Aussprache zwischen Reichsinnenminister Groener und Ministerpräsident Braun verabredet worden. In dieser Aussprache hofft man die ganze Angelegenheit, die nach Auffassung der amtlichen Stellen durch die teilweise sensationelle Aufmachung in der

Presse aufgebaut worden ist, schnell erledigen zu können. Von einem „Konflikt“ zwischen dem Reich und Preußen könne in keiner Weise die Rede sein.

Zu einer Erklärung des Mitgliedes im Ueberwachungsausschuss, des Landtagsabgeordneten Riedel, der Vertreter des Reichsinnenministeriums im Ausschuss haben den Vortrag Sölkermanns mißverstanden, wird vom Reichsinnenministerium erneut betont, daß Reichsminister Groener selbst den Vortrag in der Form, wie ihn der Ueberwachungsausschuss durch Mehrheitsbeschluß gebilligt hat, geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, daß er mit den Richtlinien für die Behandlung von Rundfunkvorträgen nicht zu vereinbaren sei.

Friedensrede Hoovers.

Bei Einweihung eines Gefallenen-Denkmals.

Washington, 12. November.

Präsident Hoover erklärte bei der Einweihung eines Ehrenmals für die im Weltkrieg Gefallenen des hiesigen Bundesbezirks, der außerhalb der 48 Unionsstaaten steht und hauptsächlich die Bundeshauptstadt Washington umfaßt, in einer Ansprache:

Die amerikanischen Feiern am Waffenstillstandstage haben sich im Laufe der Jahre gewandelt. Der Siegesjubel ist dem ehrenden Gedenken der Gefallenen und der Erneuerung des Entschlusses gewichen, für den Weltfrieden zu wirken. Unsere Aufgabe ist in dieser Beziehung noch keineswegs beendet. Manche Völkerrassen, die die ihnen Jahrhunderte lang widerfahrenen Ungerechtigkeit noch nicht vergessen haben, sind noch jetzt in Erregung. Andere Stämme haben ständige Furcht vor einem Einfall in ihr Land und vor Unterdrückung.

Viele Völker hoffen auf Freiheit und Unabhängigkeit. Die Grenzen vieler Nationen sind weiter nichts als Zonen uralten Streites. In jedem Lande gibt es die Möglichkeit, die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, ja sogar seinen Lebensunterhalt zu verdienen durch Aufspaltung der bösen Kräfte, indem man Furcht und Haß gegen die Nachbarn sät. Die Folge ist, daß die Welt heute schwerer bewaffnet ist als vor dem Weltkriege. Aufgabe der Staatsmänner in jedem Lande ist daher die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Nationen. Mit keiner größeren Hilfe kann man zur Erholung von der Weltdepression beitragen, als wenn man öffentliche Beweise dafür gibt, daß man die Spannung, die zwischen der Völkerrasse herrscht, ernstlich zu beseitigen bemüht ist. Dazu bedarf es weder der Verträge noch der Urkunden noch irgend welcher Bindungen. Nützlich ist nur, daß jede Nation die Lage klar erfährt und an ihrem Teil zur Wiederherstellung gütlicher Beziehungen durch ihre eigene Politik und innerhalb der ihr gezogenen Grenzen des eigenen Interesses mitarbeitet. Diese Arbeit aber hat bereits begonnen und macht gute Fortschritte.

Eine Stadt in Honduras vom Orkan zerstört.

Newyork, 11. November.

Nach einer Meldung aus Tegucigalpa in Honduras ist die Stadt Cosmaica durch einen Orkan vollkommen zerstört worden. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen. Man fürchtet, daß zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind.

10 Opfer eines Amokläufers.

Sofia, 11. November.

In einer Ortschaft bei Sofia überfiel ein kürzlich aus dem Gefängnis entlassener Mann mit Namen Ribaroff in einem plötzlichen Tobuchtsanfall zwei Bauern, mit denen er Streitigkeiten gehabt hatte, und ermordete sie. Darauf schlug er einen Greis nieder, der ihm zufällig in den Weg lief, und verbarrikadierte sich in einem Hause. Dort tötete er eine Frau und einen Greis und verwundete mehrere Kinder schwer. Schließlich entfloh er, ohne daß es der Polizei möglich war, ihn zu fassen. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf zehn Personen.

Feuer auf Schloß Erlau.

Roman von Lothar Brendendorf.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

53. Fortsetzung.

Und ehe er es hatte verhindern können, lag Sylvia Barndal wirklich mit bittend erhobenen Händen vor ihm auf den Knien. Wohl war Burton Harrison wie ein Tiger herzugeprungen, um sie mit einem halb erschlagenen Aufschrei emporzureißen; aber der Doktor stieß ihn unsanft zurück und beugte sich zärtlich hinab, um die Kniee aufzuheben.

„Mut, Fräulein Sylvia, Mut!“ sagte er, und ein wunderbar zu Herzen gehender Klang liebevollen Trostes lag in seiner Stimme. „Es kann dem besten aller Menschen nicht bestimmt sein, auf solche Weise zu enden. Und ich hoffe, Gott wird mir beistehen, ihn zu retten.“

Für die Dauer weniger Sekunden hielt er ihre zitternden, eiskalten Hände in den seinigen. Dann gab er sie frei und wandte sich in ganz verändertem, entschlossenem Tone an den intermittingen Feuerwehrkommandanten: „Vorwärts also! An die Leitern!“

Erst als die Vorkehrungen zur Ausführung des von Walter gestellten Planes bereits im vollen Gange waren, gestellte sich auch Hubert wieder zu den andern.

Obgleich er ja von Anfang an gesehen hatte, daß jeder Teil des Schloßes, in dem Ludwig Corbachs und seiner Tochter Zimmer lagen, vorläufig nicht gefährdet war, hatte ihm doch die Ungewißheit über das Schicksal der beiden keine Ruhe gelassen, und seine Besorgnisse waren erst beschwichtigt worden, als man ihm gesagt hatte, daß der Professor in die Gemächer der Frau Barndal gebracht worden sei und daß sich dort jedenfalls auch Fräulein Margarete befinden werde. Es konnte ihm nicht in den Sinn kommen, sich durch den Augenschein von der Wahrheit dieser Versicherung zu überzeugen, denn er hatte durchaus keinen Anlaß, ihre Richtigkeit zu bezweifeln. Und er konnte sich vielmehr jetzt mit leichtem Herzen

Totales

Flörsheim a. M., den 12. November 1931.

Warum in den Sparstrumpf?

Ein unerfreulicher Brauch ist es, zu dem sich augenscheinlich viele Kreise unseres Volkes heute bekennen: das Samstern von Bargeld. Man gewöhnt sich offenbar daran, sowohl im Geschäft wie im Privathaushalt größere Vorräte zu halten, als es die wirtschaftlichen Bedürfnisse erfordern. Verfügbares Geld wird nicht mehr regelmäßig zur Bank oder zur Sparkasse gebracht, es wird vielmehr daheim aufbewahrt, im Schrank oder in der Schublade. Ja, man geht sogar teilweise soweit, Ersparnisse abzuheben, Konten aufzulösen, nicht, weil man sein Geld in allen Fällen benötigt, nein, weil man es zu Hause sicherer glaubt. Der alte Sparstrumpf aus der Zeit unserer Großväter scheint demnach wieder zu Ehren zu kommen. Der Betrag an Zahlungsmitteln, der auf diese Weise dem Verkehr entzogen wird, kann bereits auf mehr als 1 Milliarde Mark geschätzt werden. Ueber eine Milliarde Mark bedeutet etwa ein Sechstel des gesamten Geldumschlags in Deutschland! Der Umlauf an Reichsbanknoten, Rentenbanknoten und Münzen belief sich Ende September 1931 insgesamt auf rund 6,3 Mark. Ist also etwas geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres und steht hinter dem Stande von Ende September 1929 um rund 200 Millionen Mark zurück. Im ganzen gesehen, kann dieser Zahlungsmittelumschlag als verhältnismäßig niedrig angesehen werden. Es sind noch nicht einmal 100 Mark, die auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Ländern, die erheblich höhere Kopfquoten zu verzeichnen haben. Wenn also von diesem Umlaufbetrag ein Sechstel „gehört“ wird, so bedeutet dies eine spürbare Einengung der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Geldmittel. Für unser armes Land ist es besonders nachteilig. Nicht, daß es währungspolitisch bedenklich wäre, — andere Gründe sind es, die das Geldsamstern als volkswirtschaftlich ungewinnlich erscheinen lassen. Geld ist der Betriebsstoff der Wirtschaft. Durch die Sortierung von Bargeld werden wertvolle Teile dieses Betriebsstoffes brach gelegt, mit anderen Worten: unfruchtbar gemacht. Würden sie den großen Sammelbecken, den Banken, Sparkassen und Genossenschaften wieder zugeleitet werden, so könnte das volkswirtschaftlich und kreditpolitisch gesehen, nur von Nutzen sein.

*** Eingeschriebene Briefe ohne Kontrolle. Als der eingeschriebene Brief eingeführt wurde, sollte die Post eine Sondergebühr fest und garantierte auf Grund dessen die sichere Beförderung der eingeschriebenen Sendung vom Absender bis zum Adressaten. Man ging, hatte man einen Brief eingeschrieben lassen, beruhigt nach Hause, nicht etwa, weil die Post für jeden verloren gegangenen eingeschriebenen Brief 40 Mark auszahlte, sondern weil man das Gefühl hatte: hier wird mit großer Sorgfalt vorgegangen. Tatsächlich war die Kontrolle außerordentlich scharf. Und fehlte wirklich mal ein Brief, dann hatte man den Uebelthäter gleich, denn nur er hatte über mehr Einschreibesendungen quittiert, als er weitergereicht hatte. Aus diesem Grunde hüteten sich Langfinger auch, gerade eingeschriebene Briefe zu berauben. Diese eingehende Kontrolle ist weggefallen und zwar aus Ersparnisgründen. Das läbliche Quittieren und Buchen der eingeschriebenen Sendungen machte viel Mühe, kostete Zeit und Personal. So reißt seit Jahren schon der Einschreibebrief, genau so wie jeder andere gewöhnliche Brief durch die Welt, nur mit dem Unterschied, daß der Absender von Seiten der Post eine Quittung erhält, damit man ihm die 40 Mark im Falle des Verlustes der Sendung auszahlen kann. Unterwegs aber, also am Schalter, wo der Brief aufgegeben wurde, bis zu dem letzten Briefträger, der ihn schließlich dem Empfänger ins Haus bringt, wandert der Einschriebbrief zwischen tausenden anderen gewöhnlichen in den gleichen Kisten und Säcken und Paketen weiter.

*** Einfuhrverbot für Butter und Fleischkonserven nach dem Saargebiet. Die Postverwaltung des Saargebiets teilt mit, daß wegen Ueberschreitung der zugelassenen Kontingente die Einfuhr von Butter und Fleischkonserven in das Saargebiet mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten ist.

als zuvor an dem beabsichtigten Rettungswert beteiligten. Worin dieses Rettungswert bestehen sollte, wurde ihm bald genug klar.

Da es unmöglich war, von unten aus direkt an eines der hochgelegenen Turmfenster zu gelangen, wollte man offenbar versuchen, zunächst das Dach des brennenden Verbindungstraktes und von da mit Hilfe der heraufgezogenen Leiter die nächste, um ein Stodwerk höher gelegene Fensteröffnung in der Turmmauer zu erreichen. Es war das in der Tat der einzige, jetzt noch gangbare Weg. Aber er bedeutete ein ungeheures Wagnis. Denn aus den Fenstern der beiden Galerien loderten die hellen Flammen, und sie schlugen hier und da bereits in langen, gierig leuchtenden Zungen aus dem Dache selbst hervor.

Wer da hinaufstieg, konnte nicht im Angewissen darüber sein, daß er sein Leben einsetzte. Schon in der nächsten Minute konnte das Dach seiner ganzen Ausdehnung nach in Flammen stehen, oder die stehenden Balken konnten zusammenbrechen, den Vermessenen, der sich ihnen anvertraut hatte, mit sich hinabreißend in die mörderische Glut.

Unter den Völkermannschaften wie unter den Dienern des Schloßes war denn auch keiner, der Tollkühnheit genug besaß, sich dort hinaufzuwagen. Wohl griffen bereitwillig ein paar Duzend Hände zu, um die Leitern aufzurichten und festzuhalten. Das weitere aber überließ man neidlos dem Urheber des verwegenen Planes.

Und Walter Küdiger schien in der Tat entschlossen, das Unternehmen ganz allein auszuführen. Das lange Rettungswerk zusammengerollt über die Schulter gehängt, eine Spitzhacke in dem von einem Feuerwehrmann entlehnten Gürtel begann er die schaukelnde Leiter emporzuklimmen.

Und nicht früher erfuhr er, daß Hubert ihm gefolgt war, als bis er oben angelangt war und mit raschem Sprunge das Dach erreicht hatte.

Von Wolken dichten Rauches eingehüllt und umwogt von einer sengenden Hitze, die sie nur zu deutlich die bedrohliche Nähe des feindlichen Elements empfinden ließ, zeigten sie einander für einen flüchtigen Augenblick schwei-

* Todesfall. Heute morgen verschied der im 18. Lebensjahre stehende Martin Richter, Sohn des Friedr. Richter, in der Eddersheimerstraße wohnhaft, nach einem schweren Leiden. Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3.30 Uhr vom Sterbehause aus statt. Er ruhe in Frieden!

Todesfall. Gestern morgen starb nach längerem, rein Leiden der früher lange Zeit Portier bei dem hiesigen Berken „Keramag“ beschäftigt gewesene Ferdinand Nassauer im Alter von 69 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3.15 Uhr im Friedhof Er ruhe in Frieden!

—r. Die Indizes der Lebenshaltung. Die Indizes für die Kosten der Lebenshaltung stellen sich für 1. November 1931 auf 129 Punkte, haben sich also im September um 5,1 Punkte, das ist 3,7%, ermäßigt. Rückgang geht auf die Senkung für Nahrungsmittel und Kleidung zurück. Der innere Geldwert unserer Mark, der Lebenshaltung gemessen, ist jetzt auf 77,5 Prozent gesunken. Durch Preisabbau sucht die Regierung ihn noch weiter zu erhöhen.

Auf zur großen öffentlichen Generalversammlung des Carnevalvereins 1932 am Sonntag, den 18. November, abends 8.11 Uhr im Hirsch. Jeder der über das vergangene Jahr Bericht hören will, in lokaler und politischer Beziehung, muß erscheinen. Auf jedem Gebiete wird in Liedern, Duetten, im Zweigespräch, Quintett etc. das Beste gegeben und das Gute humorvoll zu Gehör gebracht. Einmal von Herzen lachen will, wer einmal für einen besseren Zeit leben will, der komme am Sonntag zum Carnevalverein in den Hirsch. — Am Freitag findet eine interne Versammlung im Hirsch statt.

Die Bekämpfung der Zuderkrankheit.

Ein neuer Erfolg deutscher Wissenschaft!

Im Jahre 1921 wurde die Welt durch die Zuderkrankheit überrascht, daß es der ärztlichen Wissenschaft gelang, ein Mittel zu finden, mit dem es möglich wurde, den Zuder im menschlichen Körper zu neutralisieren und so die Zuderkrankheit erfolgreich zu bekämpfen. Es handelte sich um die Erfindung des „Zulin“, womit eine unumkehrbare Veränderung in der Behandlung dieser Krankheit eingeleitet werden konnte. Bis dahin standen die Ärzte der Bekämpfung des Zuders ziemlich machtlos gegenüber. Man beschränkte sich fast ausschließlich auf strenge Diätvorschriften, vielfach unterstärkt durch verschiedene Trankuren.

In der Zwischenzeit hat aber die Wissenschaft in ihrer ruhmreichen Aufgabe ein Mittel zu finden, welches bei Zuder oder jedenfalls nicht viel schwächerer Wirkung nicht spritzt zu werden braucht, sondern eingenommen werden kann, da ersterer Methode doch eine Reihe von Unannehmlichkeiten anhaften, die sich ohne weiteres allein schon aus den mehrfach vorzunehmenden Einsprichungen ergeben. Das neue Mittel, aber das die medizinische Fachpresse berichtet, „Articomar“, welches aus frischen Rinderbauröhren dräsen gewonnen wird und mit welchem bereits gute Erfolge erzielt sein sollen. Eine besonderer Fortschritt besonders darin erblickt werden, daß im Verlauf der Zuderbehandlung die Diät wesentlich gelockert werden kann.

Der Erfolg mit diesem Mittel muß um so mehr begrüßt werden, als die ärztlichen Statistiken des letzten Jahrzehnts von einer ständigen Zunahme der Zuderkrankheiten zeigten. Die Ursachen hierfür dürften vielfach in einer falschen Auffassung der Krankheit, besonders im Anfangsstadium, liegen sein. Die wirtschaftlichen Räte der Zeit veranlaßten heute sicherlich viele von der Krankheit Befallene, die heute nicht die notwendige Beachtung zu schenken. Sie gaben sich damit, die Behandlung selbst in die Hand zu nehmen und versuchten häufig, sich mit irgend einem pfeifen Helmmittel selbst zu kurieren. Hierfür kann nicht dringend genug gewarnt werden, denn nur der Arzt vermag zu beurteilen, welches der gegebenen Mittel am besten auf den einzelnen Fall anwendbar ist. Die Bekämpfung des Leidens kann zu den schlimmsten Komplikationen führen, da im Zusammenhang mit der Krankheit Gicht und Lungenentzündung auftreten können. Das heißt, jeder von der Krankheit Betroffene vor Augen halten.

gend die Hände, wie zu einem krummen Geldbündel, beieinander auszuhalten bis in den Tod.

Dann machten sie sich ungefaunt an die schwere Aufgabe, die schweren Leitern zu sich heraufzuführen, eine Arbeit, die Walter, wie er jetzt einfach, trotz der bedeutenden Körperkraft wohl schwerlich allein hätte richten können.

Wohl fühlten sie bereits den Boden unter ihren Füßen schwanken, und eine unvermutet hart neben ihnen schlingende Etichstamme verbrannte Huberts Kleidung an seine Haut. Aber sie ließen sich dadurch nicht einen Augenblick in ihrem todesmutigen Werte beirren. Qualm und Rauch, der sie des Atmens beraubte und die Augen unerträglich schmerzte, machte, brachten sie weiter glücklich an das Turmfenster und stiegen einen nach dem andern hinauf.

Die Untenstehenden sahen sie emporsteigen, und die Stelle des bisherigen Lärms trat eine Totenstille ein, sie im Innern des Bergfried verschwunden waren.

„Sie werden niemals wiederkommen“, hörte Harrison dicht hinter seinem Rücken eine Stimme. „Das Dach des Verbindungsbauwerks muß in jedem Fall blick zusammenbrechen. Aber es war eine edle Tat, irgendwo werden sie schon ihren Lohn dafür empfangen.“

„Wollte Gott, es hätte einen anderen getroffen“, erwiderte jemand aus der Menge. Und laut genug, daß es das Ohr des Empfindlichen erreichte, fügte er hinzu: „Ich wüßte wohl, bei der ich's gegönnt hätte. Aber dieser Art Leute kann man Wasser noch Feuer etwas anhaben.“

Harrison suchte sich durch einen giftigen Seitenblick über die Person des Sprechers zu vergewissern, und er auch weiter durch Worte noch durch Mienen verriet, er sich getroffen fühlte, so hielt er es doch für angebracht, sich unauffällig zurückzuziehen. Er wußte gut genug, daß er bei der Dienerschaft des Schloßes war, und hatte schon vorher Äußerungen vernommen, die ihn Vorzucht mahnten.

(Fortsetzung folgt)

Im Frankfurter Schauspielhaus kommt Sonntag, den 11. November als Nachmittagsvorstellung „Der Hauptmann von Köpenick“ von Carl Zuckmayer bei vollständigem Besetzung zur Aufführung. Anfang 14.30 Uhr, Ende 17.45 Uhr.

Städteflucht und Siedlung.

Auf der Tagung des württembergischen Landesverbandes wirtschaftlicher Hausfrauenvereine in Stuttgart sprach Grammer von der Landwirtschaftskammer über Landflucht und Siedlung.

Er wies einleitend auf die große Bedeutung dieser Frage, vor allem auch im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit hin und betonte, daß bald jede einzelne Familie von dieser Frage unmittelbar berührt werde. Seit 1871 ist die Zahl der Landbewohner um 4 Millionen zurückgegangen, während die Zahl der Stadtbewohner um etwa 10 Millionen zugenommen hat. Während 1871 in den Großstädten noch nicht 2 Millionen lebten, sind es nach der letzten Zählung rund 17 Millionen. Mit der Abwanderung in die Städte war auch eine Lösung von den ländlichen Berufen verbunden. 1882 waren noch 40—45 Prozent der Bevölkerung der Landwirtschaft tätig, während es 1925 nur noch 28 Prozent sind. Nach dem Kriege hat die Landflucht stark eingekehrt. Nach der Inflation kam eine neue Welle, die in den letzten Monaten im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit nicht nur zum Stillstand gekommen ist, wenn nicht alle Zeichen trügen, einer Stadtflucht Platz macht.

Entsprechend den verschiedenen Beweggründen, die zur Landflucht führten, wird auch ihre Belämpfung bzw. die Wanderung auf das Land möglich sein. Die brennende Frage ist die, wie die zweit- und drittgelernten Bauern und Bauernkinder beruflich untergebracht werden sollen. Die weibliche Bevölkerung hat in dieser Wanderbewegung von jeher einen starken Anteil gehabt. Die Geburtenüberschüsse des Landes waren für die Bildung der Arbeiterbevölkerung Grundlage und sind bis in letzter Zeit ihre Ergänzung geworden. Bis die Arbeitslosigkeit oben ist, was wohl sehr lange dauern wird, wird das Geburtenüberschüsse nicht mehr im bisherigen Umfang in die Städte abwandern lassen können; es wird vielmehr darauf angewiesen sein, seine Bevölkerung selber zu ernähren und zu beschäftigen. Ein Mittel hierfür wird die städtische Siedlung im Norden und Osten Deutschlands sein. Von dieser Möglichkeit wurde bisher in bescheidenem Umfang Gebrauch gemacht. Die finanziellen Anforderungen an die Siedler waren verhältnismäßig zu hoch. Die Siedlungen müssen wesentlich einfacher und billiger sein.

Welchen Umfang die Umsiedlung von der Stadt auf das Land bzw. die Zurückhaltung der Bauernkinder auf dem Land annehmen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Mittel für die Siedlung bereitgestellt werden können und welches die künftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft sein wird. Die Landflucht war gegenüber der Siedlung, wenn nicht ablehnend, so doch zurückhaltend, es fällt ihr offensichtlich schwer, die engere Heimat zu verlassen. Jedenfalls ist die Siedlung, vom national-ökonomischen, sozial- und ernährungspolitischen Gesichtspunkt her, sehr wichtig, aber die Lösung muß sein, nur lebensfähige Siedlungen zu schaffen und den Bauern mit der Siedlung zu vermehren. Land heißt Lebensfähigkeit, Religion, Kampf auf der letzten Scholle ihres selbst willigen, Gesinnung, Stille, Erhaltung unserer Lebensart als Volk und Einzelner.

Kann man sich noch Butter leisten?

Von Professor Dr. Kurt Ritter, Berlin.

Die große wirtschaftliche Not, die alle Bevölkerungsteile mehr oder weniger ergriffen hat, macht Sparen unbedingten Notwendigkeit für jedermann. In jedem Haushalt wird überlegt, wie man sich am besten einzusparen hat, um mit dem zum Teil ganz erheblich verringerten Einkommen durchzukommen. Zunächst geht man von den laufenden Ausgaben aus, die der einzelne von heute auf morgen nicht verringern kann. Die Ausgaben für die Wohnung stehen dabei an erster Stelle. Bei der Beleuchtung und Heizung kann man schon etwas mehr sparen, obgleich es auch hier mit einem Bedarf zu tun hat, der sich nicht so stark abdrücken läßt. Anders liegt es hingegen bei den Ausgaben für die Lebensmittel und Kleidung, bei letzterer billige Qualitäten und längeres Tragen der einzelnen Stücke große Einsparungen ermöglichen.

Auch bei den Nahrungsmitteln lassen sich mancherlei Sparungen vornehmen. Butter gilt im allgemeinen als nicht billiges Nahrungsmittel, aber die Hausfrau sollte doch auch vor Augen halten, wie die Preise für Butter Laufe der letzten Jahre eine Senkung erfahren haben. Der Durchschnittspreis für 100 Kilogramm im Jahresdurchschnitt 1929 344 Mark und im Jahresdurchschnitt 1930 279 Mark. Der Großhandelspreis für Butter im Jahresdurchschnitt der letzten 3 Monate ist gegenüber 1929 um rund 10 Prozent gesunken. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Butter heute wesentlich billiger ist als der Durchschnittspreis der letzten 12 Monate zugrunde liegt. Deshalb wäre es kurzfristig, wenn man bei der Butter größere Einsparungen vornehmen wollte, während man bei anderen Ausgaben dieses nicht tut. Man sollte sich der Erhöhung der Inflationszeit erinnern, in der sich mit Recht Überzeugung Bahn gebrochen hatte, daß es äußerst wichtig ist, bei den für die Gesundheit wichtigen Lebensmitteln zu sparen. Solange die Einkommensverhältnisse es erlauben, sollte man gerade an dem altgewohnten Konsum gewöhnlich wichtiger Lebensmittel festhalten. Zwingen dann Einkommen zu Einschränkungen, so ist es immer noch besser, zu geringeren Qualitäten überzugehen, als jegliche Ersatzstoffe zu greifen. Wir haben so viel Auswahl, bei den jetzigen Butterpreisen auch der Winderbemittelte durchaus gute Butter kaufen kann.

Wetterbericht.

Stürmische Winde und strichweise Regenschauer hat uns über England liegende Zynone gebracht. Leichte Abkühlung steht jetzt bevor.

Wettervorhersage: Etwas kühler und noch einzelne Regenschauer; Fortdauer der unbeständigen, zeitweise stürmischen Witterung.

Aus der Umgegend

Frankfurt a. M. (Was alles gestohlen wird.) Vor einigen Tagen wurden einem Gärtner aus einer Baumschule in der Gemarkung Bonames 44 Obstbäume gestohlen. Auch auf den Friedhöfen sind Diebe an der Arbeit, wo Schirme und Geldbörsen ständig gestohlen werden. Besonderer Beliebtheit scheinen sich auch Radiogroßhandlungen zu erfreuen. So wurden in einer Radiogroßhandlung vier wertvolle Apparate gestohlen. Und schließlich, die zum Trocknen aufgehängt ist, wird so nebenbei mitgestohlen.

Wiesbaden. (Wasser statt Milch.) Ein Milchhändlerpaar hatte sich vor dem hiesigen Amtsgericht wegen Milchfälschung zu verantworten. Nach den Feststellungen der Nahrungsmittelkontrollstelle hatte das Ehepaar der Milch in einem Falle 80 Prozent (!) Wasser, in einem anderen Falle 20 Prozent beigemischt. Das Gericht verurteilte den Ehemann zu einem Monat Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, die Ehefrau zu 14 Tagen Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. Voraussetzungen für den Verurteilten auch noch die Konzeption des Milchhandels entzogen werden was im zwingenden Interesse der Bevölkerung liegt.

Wiesbaden. (Schüsse auf einen Polizeiamten.) Ein etwa 24-jähriger angeblicher Student hat in der Neugasse aus einem Trommelrevolver mehrere Schüsse auf einen Polizeibeamten abgefeuert. Der Täter wurde festgenommen. Da er bis jetzt jede Auskunft über seine Person verweigert, konnten auch die Motive für das Attentat noch nicht geklärt werden.

Lahrbach, Rhön. (Vater und Söhne als Einbrecher.) Nachts versuchten drei Männer in das Lahrbacher Krankenhaus einzubrechen. Als sie von der Anstaltschwester bemerkt wurden, flüchteten sie, doch gelang es einem der Einbrecher in der Person des Arbeiters Rende aus Diedorf festzunehmen. Als Mittäter wurden seine beiden Söhne ermittelt. Es scheint sich um eine Einbrecherbande zu handeln, die seit längerer Zeit die Rhönorte in Aufregung versetzt, und auf deren Konto eine ganze Reihe Einbrüche zu buchen ist.

Wenn die Feuerwehr mit Schnaps löscht.

Limburg. Am 15. April gegen Mittag brach in dem Westerwaldort Unnau in einer Gastwirtschaft, die am folgenden Tag versteigert werden sollte, Feuer aus. Zu gleicher Zeit schlugen auch aus einer etwa 100 Meter entfernt stehenden Brantweinbrennerei Flammen auf. Es wurde damals Brandstiftung vermutet. Bei dem Brand ist es merkwürdig zugegangen. Die Unnauer Pflanzfeuerwehr, die zwar rasch zur Stelle war, dachte gar nicht daran, das Feuer zu löschen, sondern tat sich an den Weinvorräten der Wirtschaft und an dem Schnaps der Brantweinbrennerei gütlich. Feuerwehren aus den Nachbarorten, die ebenfalls zu der Brandstelle eilten, forderte man auf, wieder abzurücken, nachdem man ihnen ebenfalls Schnaps angeboten hatte. Als eine dieser Feuerwehren das Anerbieten ablehnte und mit der Motorspritze den Kampf gegen das Feuer aufnehmen wollte, wurde ihnen von den Unnauern der Schlauch eingeknickt. Auch der Hydrant wurde unbrauchbar gemacht. Inzwischen brannten die beiden Gebäude vollständig nieder. Als Beamte der Landjäger aus Marienberg und anderen Westerwaldorten eintrafen, wurden sie tödlich angegriffen. Ein Landjäger wurde geschlagen und getreten, einem anderen versuchte man den Revolver zu entreißen. Ein Landjägerhauptmann wurde durch eine schwere Stange am Ohr verletzt. Außerdem erhielt er Schläge und Fußtritte. Den Beamten gelang es nur mit Hilfe des Gummiknüppels, sich in Sicherheit zu bringen.

Jetzt hatten sich die Räufelührer bei diesen Vorgängen wegen Landfriedensbruch vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Während der Verhandlung wurde der Unnauer Polizeidiener Baum 2 wegen dringenden Verdachts des doppelten Meineides verhaftet. Nach längerer Beweisaufnahme wurden vier Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu zehn Monaten verurteilt. Einer wurde freigesprochen.

Frankfurt a. M. (Der geplante Dampfkessel — oder verpöchte Schwarzbrennerei.) Im Parterrestock eines Hinterhauses der Allerheiligenstraße wurde im Sommer vorigen Jahres eine Schwarzbrennerei betrieben. Der Betrieb gestaltete sich recht schwierig, denn der Dampfkessel funktionierte nicht. Er platzte und sein teurer Inhalt ergoß sich auf den Boden. Als man den Kessel wieder gefüllt hatte, geschah das gleiche Malheur. Immerhin gelang es den Schwarzbrennern doch, ein geringes Quantum Spiritus herzustellen, der an den Kleinbrenner Emil D. in Laubenheim verkauft wurde. Dieser und die übrigen drei Beteiligten standen jetzt vor dem kleinen Schöffengericht, wo es hohe Strafen für die verbotene Tätigkeit abseht.

Zum Eisbacher Mord.

Darmstadt. In der Eisbacher Mordsache werden die Ermittlungen eifrig fortgesetzt. Man hatte sofort nach der Ermittlung der Leiche einen Polizeihund eingesetzt, doch war ein Ergebnis hierdurch nicht zu erzielen. Man ist der Ansicht, daß die Handwerksburschen, die in Erbach am Tage vor der Mordtat übernachteten, wichtige Aussagen machen können und sucht diese nun als Zeugen. Sie hielten sich am Dienstag in der Gegend von Bullau auf und werden vermutlich ins Mainz- oder Redartal abwandern. — Die Bevölkerung wird gebeten, beim Auftreten der Handwerksburschen diese darauf hinzuweisen, daß sie als Zeugen gesucht werden oder sollte man die Polizei aufmerksam machen, daß sie Schritte unternimmt, um die in Frage kommenden Personen zur Vernehmung heranzuziehen.

Flugzeugabsturz bei Offenbach.

Offenbach. Der Student Hans Sander aus Aachen, der sich auf seinem Prüfungsflug von Aachen nach Frankfurt a. M. befand, stürzte mit seinem Eindecker-Flugzeug auf Klein-Zuheim Gebiet ab, nachdem er in dem herrschenden Nebel völlig die Orientierung verloren hatte. Herbeieilende Arbeiter konnten nur mit großer Mühe den Flugzeugführer aus seiner gefährlichen Lage befreien. Beim Sturz hatte er sich Verletzungen am linken Unterschenkel und am Kopf zugezogen. Der Verunglückte wurde nach dem Offenbacher Krankenhaus gebracht.

Offenbach. (Unverschämte Burschen.) Mit der Straßenbahn von Frankfurt nach Offenbach fuhren mehrere junge Burschen, die sich einen unverschämten Streich leisten, sie warfen nämlich beim Aussteigen, indem auf der Plattform mitfahrenden Mann einen Zigarrenstummel der noch glimmte, in die Manteltasche. Der Mann merkte den Schaden erst als der Mantel brannte, die Burschen waren nicht mehr zu finden, sie hatten sich schnell aus dem Staube gemacht.

Buhbach. (Einen Reisenden tot aufgefunden.) Zwischen den Bahnhöfen Buhbach und Ostheim ist zwischen den Hauptgleisen liegend ein Reisender aus Niederweisel mit abgefahrenen Beinen tot aufgefunden worden. Es wurde festgestellt, daß der Reisende um 6 Uhr in Ostheim einen Personenzug bestiegen hat, um nach Gießen zu fahren. Wie er auf das Gleis gekommen und überfahren worden ist, steht noch nicht fest.

Böser Ausgang einer Abenteuerfahrt.

Mainz. Hier wurden drei neunzehnjährige Burschen festgenommen und wegen versuchten Betrugs ins Landgerichtsgefängnis eingeliefert. Die drei Burschen stammen aus Dresden. Sie mieteten für zwei Tage bei einem Verleihgeschäft ein Auto, mit dem sie nun losfahren. Am ersten Tage kamen sie bis Bayreuth, wo eine 18-jährige unternehmungslustige Kellnerin mitgenommen wurde. Und weiter ging die Fahrt an den Rhein über Mainz nach Rüdesheim. Hier gaben sie an, in den nächsten Tagen Arbeit zu bekommen, mieteten sich ein Zimmer und am nächsten Tage ging die Fahrt der Gesellschaft, die inzwischen mittellos geworden war, nach Mainz weiter. Hier versuchte einer auf Grund seines Führerscheins bei einer Bank auf einen Wechsel 100 Mark zu erhalten. Dem Bankbeamten kam die Sache etwas verdächtig vor und veranlaßte die Festnahme zweier der „drahtlosen“ Burschen, während der dritte sich vorher entfernt hatte unter dem Vorwand in Mainz einen Onkel zu haben von dem er Geld bekommen könne. Der Dritte im Bunde hat sich nun der Polizei freiwillig gestellt. Die Kellnerin wurde nach Feststellung ihrer Personallisten wieder auf freien Fuß gesetzt.

Welt und Leben.

Keller und Getränke.

Vielfach macht man jetzt die Wahrnehmung, daß Obst- und Traubenwein nicht wünschgemäß rechtzeitig gären. Der Fehler liegt meist an nichtfachmännischer Behandlung des Kellers, der nicht die zur Gärung notwendige Wärme aufweist. Unter einer Wärme von 15 bis 16 Grad wird der edle Saft kaum in Gärung kommen, besonders in diesem Jahre, wo die Früchte infolge des nassen Jahrganges nicht den nötigen Zuckergehalt und die zur Gärung notwendigen Stoffe aufweisen. Wichtig ist vor allem, daß man an warmen Tagen Türen und Kellerfenster öffnet und die warme Luft eindringen läßt. Bei anhaltendem schlechten, kälterem Wetter kann man sich auch mit künstlicher Erwärmung der Kellerräume oder damit behelfen, daß man 10 oder 20 Liter eines Fohinhalts vorwärmt (auf circa 40 Grad) und diese dann wieder dem Fohinhalt zusetzt, wonach die Gärung sich einstellt und beschleunigt wird. Neuerdings werden auch elektrische Heizschläuche verwendet. Wein- und Apfelmöste wird, wie es sich heuer vielfach zeigt, bald nach dem Kellern glanzhell und nimmt das Aussehen von altem glodenreinem Getränk an. Der Besitzer darf sich aber dadurch nicht irreführen lassen, denn meist kommt der Saft erst nach 8 bis 10 Tagen zur Gärung. In solchem Falle ist es zu empfehlen, das Getränk umzurühren. Durch eine solche Bewegung erhält der Gerbstoff Anreiz und kommt zur Wirksamkeit. Nicht übersehen werden darf in diesem Jahre auch das sorgsame Auslesen von angefaulten Früchten, die nachteilig auf den Gärungsprozeß wirken. Neue Getränke lassen sich auch auf ihren Wert prüfen. Setzt man neue Getränke einen oder mehrere Tage der Luft aus, so zeigt sich mitunter, daß das Getränk „umsteht“ und eine braune Färbung annimmt. Ein solcher Stoff wird meist als verloren gelten können.

Haftung für Schäden beim Umzug.

In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die Auffassung vertreten, daß beim Wohnungswechsel der Mieter für Schäden, die durch den Transport seiner Möbel an Türen, Fenstern, im Treppenhause usw. entstehen, nicht haftbar gemacht werden kann, sondern daß sich der Eigentümer des Hauses oder der Wohnung wegen Schadenersatz an die Speditionsfirma oder denjenigen, der den Transport übernommen hat, halten muß. Diese Auffassung ist irrig. In erster Linie hat der Mieter dafür zu sorgen, daß beim Transport seines Eigentums keine Beschädigungen im Hause oder in der Wohnung entstehen. Insofern ist er also haftpflichtig. Allerdings kann er sich seinerseits natürlich später an demjenigen schadlos halten, den er mit dem Umzug seines Mobiliars betraut hat. Dieses Haftpflichtverhältnis gewinnt gerade jetzt, in einer Zeit, in der die Umzüge von teuren in billigere Wohnungen in noch nicht dagewesenem Umfang an der Tagesordnung waren und dementsprechend viele Schäden entstanden sind, an Bedeutung.

„Seiende doch ohne mich!“

Als Edison berühmt geworden war und schon einen wissenschaftlichen Namen hatte, hielt er es für angebracht, sich zu verheiraten. Der Tag sollte kommen, der den Entschluß Wahrheit werden ließ, Edison, in Hochzeitstracht, arbeitete noch in seinem Laboratorium. Seiner Braut, die zum Ausbruch nach dem Standesamt drängte, bedeutete er, sie solle nur vorausschauen. Er werde sich rechtzeitig einstellen. Sie fuhr also zum Standesamt, wer aber nicht da war, war der Bräutigam. Nun beschloß sie energisch, ihn zu holen. Sie fand ihn — wo? Immer noch im Laboratorium. Ueber seiner Arbeit hatte er die Hochzeit ganz vergessen. Als die Braut ihm Vorhaltungen machte, sagte er nur, noch immer zerstreut: „Was willst Du denn? Kommst du denn nicht ohne mich heiraten?“ Aber es half nichts mehr. Edison mußte mit. Uebrigens hat er es zeitlebens nicht zu bereuen gehabt.

Märkte und Börsen.

Frankfurter Produktbörse vom 11. November: An der heutigen Produktenbörse notierten bei ruhiger Tendenz: Weizen 237,50; Roggen 225 bis 227,50; Sommergerste für Brauzwecke 190; Hafer, inl. 162,50 bis 170; Weizenmehl, Spezial Null, mit Austauschweizen 37 bis 38; dto. Sondermahlung 35 bis 36; Niederelchm Mehl, Spezial Null, mit Austauschweizen 37 bis 37,75; dto. Sondermahlung 35 bis 35,75; Roggenmehl 31,25 bis 32,50; Weizenkleie 9,25 bis 9,75 Mark.

